

# kommentiert

Greifen wir aus der Vielzahl der angesprochenen Aspekte einen heraus: die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990. Die Abgeordneten der Karl-Marx-Universität erörtern während ihrer Beratung am 15. Februar im Haus der Wissenschaftler (siehe auch Seite 1 in der UZ/08) sehr ausführlich, wie sie dafür wirken können, daß die Versorgung unserer Universitätsangehörigen mit Wohnraum weiter verbessert wird.

## Zielstellung erfordert Anspannung aller Kräfte

Ausgangspunkt der Diskussion war die Tatsache, daß die hohe Zielstellung unseres Wohnungshauptprogramms nur unter Anspannung aller Kräfte erreichbar ist, und das Jahr 1990 gewissermaßen vor der Tür steht.

Da die Karl-Marx-Universität über kein Wohnraumkontingent verfügt, ist eine enge Zusammenarbeit der Abteilung Wohnungspolitik der KMD mit den Stadtbezirken erforderlich. Denn diese Abteilung geht mit den Vorschlägen der gewerkschaftlichen Wohnungskommission unserer Universität in die Stadtbezirke und diskutiert dort die Problemfälle und Aufnahmen in die namentlichen Vergabepläne, in denen die Mitarbeiter erfaßt sind.

## Nur ein Aspekt erfolgreicher Tätigkeit als Abgeordneter

(Für die Nachwuchswissenschaftler sieht das etwas anders aus: Etwa 50 Wohnungsanträge entfallen auf jeden Stadtbezirk, der der Abteilung Wohnungspolitik der KMD Vorschläge zur Wohnraumversorgung macht.)

## Die Möglichkeiten des Volksvertreters

Ein wichtiges Ergebnis der Beratung unserer Abgeordneten-Gruppe war, daß sich Volksvertreter sofort bereit fanden, in ihrem Stadtbezirk aktiv mitzuwirken, daß die Wohnungsprobleme unserer Universitätsangehörigen gelöst werden. Sicherlich hat auch der Abgeordnete keine leerstehende Wohnung parat über er kann in Gesprächen Einfluß darauf nehmen, daß der namentliche Vergabeplan ordnungsgemäß abgearbeitet wird, und er kann bestimmte Dringlichkeiten darlegen sowie den gesamten Prozeß der Vergabe kontrollieren.

Unser Volksvertreter kann dann sicherlich auch darlegen, warum und daß wir als Universität gerade diesen Nachwuchswissenschaftler dringend brauchen, damit es auf einem wichtigen Gebiet schneller vorwärtsgangt.

## Gezieltes Engagement für markante Probleme

Um die ganze Sache konkret zu machen, wurde während der Abgeordnetenberatung festgelegt, daß die Abteilung Wohnungspolitik der KMD den Abgeordneten, die sich bereit erklärt haben, Listen zusammenzustellen, auf denen unsere Wohnungsbedürftigen in jeweiligen Stadtbezirk aufgeführt sind. Damit wird es möglich, sich gezielt für markante Probleme zu engagieren.

So trägt das Wirken der Abgeordneten, die an der KMD ihren Arbeits- oder Studienplatz haben, dazu bei, der großen Aufgabe gerecht zu werden, bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen - wie es im Wahlaufsatz des Nationalrates der Nationalen Front formuliert ist. Aber das ist - siehe oben - nur ein Aspekt erfolgreicher Tätigkeit unserer Volksvertreter.

## Adelgunde Graefe erhielt das Vertrauen ihres Kollektivs für ihre Wahlkandidatur

Als Nachfolgekandidatin zog Adelgunde Graefe 1988 in die Stadtverordnetenversammlung Markranstädt ein. Heute, zum Ende der Legislaturperiode, verfügt sie bereits über einen einjährigen Erfahrungsschatz als Abgeordnete, als Mitglied der Kommission Kultur. In diesem Jahr steht die Mandatsträgerin des Kulturbundes erneut auf der Wahlliste. Die Bestätigung ihres Arbeitskollektivs in der Gerichtsmedizin liegt vor.

Noch während ihrer Schulzeit - mit 15 Jahren - trat Adelgunde in den Kulturbund ein. Zurückzuführen sei dieser Entschluß auf die bereits langjährige Mitgliedschaft ihrer Eltern im KB, sagt sie heute. Anfangs im Freundeskreis Botanik stieg sie bald auch in die Interessengemeinschaft Denkmalpflege Heimatgeschichte ein. Mittlerweile ist Adelgunde nicht nur Mandatsträgerin des Kulturbundes in ihrer Stadtverordnetenversammlung, Auf dem letzten Bundeskongreß des KB wurde sie in den Präsidialrat gewählt. Doch den Kontakt zur Basis teilt sie

nicht verlieren. Ein Grund dafür, daß sie sich auch in ihrer Kulturbund-Grundeinheit engagiert, hier die Sekretärsfunktion innehat.

Als die heute 27jährige an die KMD kam, begann sie in der Gerichtsmedizin zu arbeiten. Über die Erwachsenenqualifizierung bildete sich die Aspirantantin zur Chemielaborantin. Ein Chemieingenieurstudium mit erfolgreichem Abschluß schloß sich an.

Nicht auf der Stelle trat Adelgunde auch auf kulturellem Gebiet. Über mehrere Jahre belegte sie beispielsweise Kurse zur Kunstgeschichte an der Leipziger Volkshochschule.

Sie hat sich in ihrer Freizeit unter anderem der Kultur verschrieben. Die Kulturkommission in der Stadtverordnetenversammlung entspricht diesen Interessen. Doch muß natürlich die gesamte kulturelle Arbeit neben ihrem täglichen Pensum in der Gerichtsmedizin vorangetrieben werden. stützt sie eine zusätzliche, doch gewollte, Belastung dar.



Foto: GOZBAJAR RENZENDORSCH Text: ANKE LUDWIG

## Eine große Volksausssprache zu den Fragen unserer Zeit

Drei Problemkreise stehen im Mittelpunkt der Gespräche an der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus unserer Universität

Die große Volksausssprache zu den Problemen der Innen- und Außenpolitik unseres Staates, die auf der Grundlage des Wahlaufsatzes des Nationalrates der Nationalen Front der DDR in den Arbeitskollektiv, Wohngebieten und Gemeinden seit Wochen geführt wird, hat auch an der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus die Diskussion intensiviert. Vor allem drei Problemkreise stehen im Mittelpunkt der Beratungen in den Parteil-, Gewerkschafts- und FDJ-Kollektiven der Wissenschaftler, Angestellten und Studenten der Sektion.

● die anhaltend dynamische Entwicklung unseres Landes auf dem bewährten Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

● das weitere Aufblühen unserer Städte und Gemeinden zum Nutzen aller!

● einen starken Sozialismus im Bündnis mit den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft!

● antimperialistische Solidarität!

● Abrüstung, Frieden und Zusammenarbeit mit allen Staaten der Welt!

Das ist unser gemeinsames Wahlprogramm! Es zu verwirklichen, wählen wir am 7. Mai die Kandidaten der Nationalen Front!

(Aus dem Wahlaufzug)

1. Die von der SED und von allen in der Nationalen Front der DDR vereinten gesellschaftlichen Kräften mitgetragene und mitgestaltete Gesellschaftsstrategie zur Verwirklichung des Kurses der Hauptaufgabe hat entsprechend den konkreten und nationalspezifischen Bedingungen der DDR ihre historische Bewährungsprobe bestanden. Davon zeugen die auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erreichten Ergebnisse in der abgelaufenen Legislaturperiode. Durch die Schöpferkraft des Volkes konnten viele komplizierte Probleme auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem, sozialem und geistig-kulturellem Gebiet politisch gelöst werden.

2. Ausgehend von der untrennbaren Einheit von Sozialismus und Frieden hat die DDR in den zurückliegenden fünf Jahren einen wirksamen Beitrag im Kampf um den Frieden geleistet. Die DDR legte und legt ihr ganzes politisches, ökonomisches, moralisches und militärisches Gewicht in die Waagschale, damit niemals wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht. Die

Lösung „Mein Arbeitsplatz - mein Kampfplatz für den Frieden!“ bringt die Erkenntnis zum Ausdruck, daß der komplizierte Prozeß der Friedensicherung und Abheilung hoher Anforderungen an die Leistungskraft und Leistungsfähigkeit der sozialistischen Länder stellt. Ein eindeutiges Friedensbekenntnis ist deshalb immer untrennbar mit hoher Leistungsbereitschaft verbunden. Dies gilt in hohem Maße für alle Wissenschaftler, Angestellten und Studenten.

3. Die Ergebnisse sozialistischer Kommunalpolitik werden in zunehmendem Maße zu einem echten Kriterium realer Demokratieentwicklung in unserer sozialistischen Gesellschaft. Der Grundsatz „Place

mit, arbeite mit, regiere mit!“ hat auf jeder territorialen Ebene seinen konkreten Inhalt, der wachsende Anforderungen an die Volkvertretungen und ihr Zusammenwirken mit den Ausschüssen der Nationalen Front stellt. Noch stärker sind alle Potenzen der Territorien für den Reproduktionsprozeß und die Realisierung der Hauptaufgabe zu erschließen, wofür alle Elemente des politischen Systems der DDR (Parteien, staatliche Organe, gesellschaftliche Organisationen) eine hohe Verantwortung tragen. Dabei sind die erreichten Ergebnisse an den gesellschaftlichen Erfordernissen, den Interessen und Bedürfnissen der Bürger, zugleich aber auch an die vorhandenen Möglichkeiten der Entwicklung der DDR kritisch zu messen und die Aufgaben für die neue Legislaturperiode zu bestimmen.

Wenn diese Fragen an einer Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus auch einen wichtigen Platz im wissenschaftlichen Leben, im Forschungs- und Lehrprozeß und in den politischen Diskussionen einnehmen, wird die Entwicklung stets neue Fragen auf, die es zu klären und zu beantworten gilt, sind doch in Vorbereitung der Wahlen am 7. Mai Wissenschaftler wie Studenten in der massenpolitischen Arbeit gefordert. Dem wird auch dadurch Rechnung getragen, daß neben der Rechenschaftslegung von Abgeordneten auch Vertreter von Ausschüssen der Nationalen Front auf Foren Rede und Antwort stehen, so der Sekretär des Bezirksausschusses Leipzig und Mitglieder der Bezirkswahlkommission, Manfred Wastlitz.

RUDOLF PFRETZSCHNER, Wahlbeauftragter der Sektion

## MEIN WORT ZUR SACHE

# Völkerfreundschaft - das ist unser Grundsatz

„Die Volkskammer der DDR hat am Freitag (3. März, G. S.) in Berlin auf ihrer 8. Tagung das aktive und passive Wahlrecht für ausländische Bürger zu Kommunalwahlen in der DDR beschlossen.“ - Ein Satz, der am vergangenen Sonntagabend durch unsere Massenmedien ging; ein kurzer Satz mit großem politischem Inhalt, der gerade auch an unserer Karl-Marx-Universität von nachholiger Wirkung ist. Studenten und Aspiranten aus 57 Ländern der Erde arbeiten und studieren an Einrichtungen unserer Alma mater. Über mehrere Jahre leisten sie neben und mit uns, nehmen Anteil an unserer Entwicklung, tragen durch ihre Arbeit zur weiteren Ausgestaltung unserer Gesellschaft bei. Sie erleben, was es heißt, eine auf das Wohl aller Menschen und den Frieden gerichtete Politik zu vertreten. Und sie wollen mithelfen, wollen ihren Anteil leisten, wie sie es u.a. mit ausgezeichneten Studienleistungen oder anerkannten Forschungsergebnissen auf vielen Gebieten immer wieder beweisen. Sie erleben, daß es bei uns keinen Rassenhaß, keine Diskriminierung für ausländische Bürger gibt.

Mit der auf der 8. Tagung der Volkskammer beschlossenen Ergänzung zum Wahlgesetz wird ein wichtiger Beitrag zur weiteren Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie geleistet. Nicht nur die Arbeitsbedingungen der zahlreichen ausländischen Bürger in der DDR werden anerkannt, sondern sie werden ent-

sprechend ihres ökonomischen Beitrags zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR auch in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens und die Lösung unserer sozialen und politischen Aufgaben einbezogen und erhalten Gelegenheit, daran aktiv Anteil zu nehmen. Die Einbeziehung der ausländischen Bürger in die Ausgestaltung kommunalpolitischer Prozesse wird zweifelslos zur Bereicherung und zu ihrer Belebung beitragen.

Und noch eins: Unsere Studenten aus vielen Ländern der Erde erhalten nicht nur eine gediegene fachliche Ausbildung, sondern sie erleben hautnah, wie alle Bürger in die Gestaltung des Lebens im Lande einbezogen werden, sie machen Erfahrungen, die sie mit in ihre Länder nehmen.

Unsere ausländischen Freunde sind so Teil unserer Gemeinschaft, und wir tragen, entsprechend unserer Maxime, alles zu tun für das Wohl der Menschen, auch Verantwortung für sie. So trägt das Gesetz, das, wie Vizepräsident des Nationalrates, Prof. Manfred Mühlmann, Rechtswissenschaftler an unserer KMD, vor der Volkskammer gründete, fest auf dem Boden unserer Verfassung steht, neu herangereiften Fragen Rechnung. Und es beweist einmal mehr, wie unser Land sich im Interesse eines weiteren sozialen Fortschritts diesen Fragen stellt und entsprechend völkerrechtlichen Vereinbarungen inhaltlich ausgestaltet. G. SCHAUFUSS



Rund 500 ausländische Studierende erlernen gegenwärtig am Herder-Institut die deutsche Sprache. Die Ausbildung am Computer gehört zum Alltag. Hier beim Mathematikunterricht. Foto: ZB (Grubitzsch)

## GEDANKEN ZUM WAHLAUFRUF

# Tagtäglich jeder an seinem Arbeitsplatz das Beste leisten

In Vorbereitung der Kommunalwahlen werden auch an die Gewerkschaftsarbeit große Anforderungen gestellt. Jeder Mitarbeiter soll sich, geistigt von unserer bewährten Politik „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ aktiv und engagiert an der breiten Volksausssprache beteiligen.

Als Vertrauensfrau steht hier in erster Linie für mich die Aufgabe, im vertrauensvollen Gespräch, im täglichen Miteinander mit meinen Kolleginnen über innen- und außenpolitische Fragen zu diskutieren, sie für aktives Mitwirken - nicht zuletzt durch das eigene Beispiel - zu motivieren. Das bisher in unserem Lande

Erreichte sollte Anlaß sein für jeden, tagtäglich an seinem Arbeitsplatz das Beste für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR zu geben. Für unser Kollektiv der Angestellten der Sektion Fremdsprachen bedeutet das konsequentes Ringen um die Effektivierung des Arbeitsprozesses, die weitere Erhöhung der Disziplin jedes einzelnen in enger Verbindung mit der weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dies entspricht voll und ganz der Forderung im Wahlaufzug, Denken und Handeln in den Dienst der Hauptaufgabe - der konsequenten Fortführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik - zu stellen. RAMONA BUCHHEIM

## Fragen an den Abgeordneten zeugten von Interesse an den Problemen unserer Heimatstadt

Diskussionsrunde regte dazu an, an der Vorbereitung des 825jährigen Stadtjubiläums tatkräftig mitzuhelfen

Über die bevorstehenden Kommunalwahlen und seine Erfahrungen in fast 20jähriger Tätigkeit als Abgeordneter der Karl-Marx-Universität in der Stadtverordnetenversammlung Leipzig sprach Genosse Prof. Dr. sc. Günter Gebhardt vor den Kommunisten der APO- und Gewerkschaftsfunktionären des Direktorates Ökonomie und der Finanzökonomie. Die politische Arbeit in diesen Tagen und Wochen müsse Veranlassung sein, jedem Angehörigen der Karl-Marx-Universität und Bürger im Wohngebiet die Zusammenhänge von Friedenskampf, ökonomischer Stärkung unseres Landes und Kommunalpolitik zum Wohle der Bürger zu verdeutlichen. Wenn wir stets nur das verwenden können, was vorher erarbeitet und erwirtschaftet wurde, dann trifft dies gleichermaßen auf die kommunalpolitischen Bedürfnisse zu. Dabei gibt es in unserer sozialistischen Gesellschaft eine Reihe Reserven, die es zu aktivieren gilt. Dazu gehören die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie als entscheidende Form des Mittlers der Bürger für ihre Stadt, ihr Wohngebiet, ihr Umfeld. Das eigene Mitbestimmen vor allem berechtigt zur Beurteilung kommunaler Probleme, ist eine realere Basis für Kritik an noch Ungelöstem und für den Stolz auf das Erreichte.

„Mein Arbeitsplatz - mein Kampfplatz für den Frieden!“ ist nachgerade im Vorfeld der Kom-

munalwahlen eine aktuelle Losung. Ist Aufforderung zum Handeln der Werktätigen für die allseitige Erfüllung der Pläne und daher auf das engste mit den territorialen Vorgaben und Problemen verbunden. Die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie als engagierte Form des Handelns für unsere Gesellschaftsstrategie impliziert ein hohes Niveau des sozialistischen Eigenbewusstseins. Auf dieser Strecke gibt es noch viel zu tun, um das Volkseigentum zu schützen und zu mehren. Das sei nicht ohne Wirkung auf die Kommunalpolitik und -ökonomie der Stadt Leipzig.

Daß die Abgeordneten nicht wagnisse Sorgen und Probleme bei der Umsetzung der Beschlüsse und Pläne haben, wurde vom Referenten nicht verschwiegen. Kein Abgeordneter mache es sich leicht und sei zufrieden mit Dingen, die besser zu machen wären. Als dem Wähler verpflichtet, gehe es jedem darum, die ihm vom Gesetz über die örtli-

chen Volksvertretungen eingeräumten Rechte und übertragenen Pflichten nach besten Kräften wahrzunehmen. Ob im Plenum oder in der ständigen Kommission oder im Abgeordnetenkollektiv, stets gehe es um die Zusammenhänge und Wechselbeziehungen von demokratischem Zentralismus und sozialistischer Demokratie bei der effektivsten und ertragreichsten Lösung der bestehenden und sich entwickelnden nichtantagonistischen Widersprüche, die auch im kommunalen Bereich als Triebkraft wirken. Gerade angesichts der jetzigen Wahlen gewinnt die Praxis der Abgeordnetenentscheidungen als Kriterium der Wahrheit für eine bürgernahe Politik an Bedeutung, ist sie vorrangiger Stellenwert in der Aussprache der Wähler mit den Kandidaten der Nationalen Front.

Dabei sei es von Vorteil, so Genosse Gebhardt, wenn die Wähler als Prüfende über die Kandidaten mehr und genaueres auch über Ursa-

chen, Hintergründe und Hemmnisse, objektiver oder subjektiver Natur, bei Rückständen von Vorhaben oder Verletzung von Gesetz und Ordnung erfahren werden. Das gehört zur bürgernahe und verantwortungsbewußten Abgeordnetenentscheidung. In diesem Zusammenhang wurden Beispiele des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Abruchs von Gebäuden und der Schaffung neuen Wohnraumes und Gewerberaumes u. a. genannt.

Die Fragen der Anwesenden an den Abgeordneten der Karl-Marx-Universität waren vielfältig, zeugten von Interesse an den Problemen der Stadt, ihrem Werden und Wachsen, seigten, daß klare Antworten gute Hilfen bei der politischen Wahlvorbereitung sind. Genosse Gebhardt konnte die erforderlichen Auskünfte über den Umweltschutz und die gewachsenen Aufgaben, über den Straßenbau in Alti- und Neubaugebieten, über die Gestaltung des Stadtzentrums u. a. geben.

Die Zusammenkunft mit dem Vorsitzenden der Ständigen Kommission Planung und Territoriale Rationalisierung der Stadtverordnetenversammlung erwies sich als eine instruktive Stunde in Sachen Kommunalpolitik im Rahmen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und regte an, bei der Durchführung des 825jährigen Stadtjubiläums konkret mit Hand anzulegen. HARRY MÖLLER

## Antwort auf Leserfragen

● Wer kann Kandidat einer Volksvertretung werden?

Kandidaten einer unserer Volksvertretungen können werden: - jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, vorbildliche berufliche und gesellschaftliche Leistungen erbracht und von der Nationalen Front zur Wahl vorgeschlagen wird, - jeder ausländische Bürger, wenn er am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, sich bereits länger als sechs Monate in der DDR aufhält und in dem betreffenden Kreis (Stadt, Stadtbezirk, Gemeinde) seinen Wohnsitz hat sowie eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grund eines Arbeitsrechtsverhältnisses oder Studiums besitzt oder auf Grund einer Aufenthaltserlaubnis seinen ständigen Wohnsitz in der DDR hat.

Zu den grundlegenden Wahlprinzipien entsprechend Artikel 22 gehört, daß die Kandidaten, bevor sie von den demokratischen Parteien und Massenorganisationen nominiert werden, zuerst in ihren Arbeitskollektiven Rede und Antwort stehen. Maßgeblich für die Nominierung sind auch die Stellungnahmen der Orts- und Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front sowie die öffentlichen Beratungen in den Wahlkreisen.